

# Post aus Berlin

Newsletter der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**



# Bürger PEPPig oder Illegal?

Wie die EZB in acht Wochen 200 Milliarden durchbringt.

Das Urteil des Verfassungsgerichts zu EZB-Tätigkeiten kam Anfang Mai. Damals hatte die EZB über ihr völlig neues Pandemie-Anleihekaufprogramm (PEPP) etwa 100 Mrd. Euro ausgegeben – und dabei weit überproportional riskante Anleihen des Europäischen Südens gekauft. **15 Handelstage später am 28. Mai sind es bereits knapp 200 Mrd. Euro.**

Das laufende Programm von über 750 Mrd. EUR wird im Herbst ausinvestiert sein. Eventuell auch FRÜHER, denn die EZB hat bereits für den JUNI eine BESCHLEUNIGUNG angekündigt. Und auch bereits eine AUSWEITUNG in den Billionenbereich.

Die sicheren Abschreibungen darauf sind neue deutsche Schulden und Steuern von morgen!

Räumen wir mit einigen Mythen auf:

- „Das Urteil sagt nichts über monetäre Staatsfinanzierung!“

Doch, genau das tut es, gleich im Leitsatz 7 und auf vielen Seiten danach werden vom Gericht sieben Kriterien für monetäre Staatsfinanzierung dekliniert. PEPP erfüllt mindestens DREI davon – wie am Montag die Sachverständigenanhörung gezeigt hat.

Ein von LINKS bestellter Sachverständiger sprach es völlig eindeutig aus: „**Natürlich ist PEPP monetäre Staatsfinanzierung!**“. Und damit eben rechtswidrig!

Auch das Bundestags-eigene EU-Grundsatz-Refe-

rat stellt fest, PEPP beachte „nicht die Kriterien des BVG für die Grenzen der monetären Staatsfinanzierung“.

Weitere Mythen:

- „Nationale Institutionen dürfen nicht in das Primat der Europäischen eingreifen“ oder
- „Das Urteil ist nicht auf PEPP anwendbar“ oder
- „Die EZB ist unabhängig und darf nach Art 130 AEUV keine Weisungen entgegennehmen“.

All das ist widerlegbar: EU-Recht steht nicht GRUNDSÄTZLICH über nationalem Recht. Einen Vorrang KANN es nicht geben, wenn EU-Organen die ihnen von den Mitgliedsstaaten des STAATENBUNDS EU zugewiesenen Kompetenzen überschreiten.

PEPP LÄUFT bereits auf Hochtouren: In nur 8 WOCHEN wurden darüber Anleihen über 200 Milliarden Euro gekauft! 5 Mrd. an jedem Handelstag!

**Wenn wir nun JAHRE warten, bis schließlich das SICHERE Urteil des BVG zur Verfassungswidrigkeit von PEPP kommen wird, dann wird Deutschland ein hoher Billionenschaden entstanden sein!**

Besprochener Antrag: „Rechtskonforme Zustände herstellen – PEPP-Anleihekäufe sofort beenden“: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/195/1919516.pdf>



**Peter Boehringer, MdB**

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ [peter.boehringer@bundestag.de](mailto:peter.boehringer@bundestag.de)



[/Peter.Boehringer.com/](https://www.peter.boehringer.com/)



# Bystron bringt Claudia Roth zur Verzweiflung



**Petr Bystron, MdB**

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
  - Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
  - Auswärtiger Ausschuss

@ petr.bystron@bundestag.de

f /bystronpetr

www.petrbystron.de

Großer Erfolg für die Außenpolitik der AfD: Grüne müssen um die Freilassung von Schlepperschiffen in Italien betteln. Letzte Woche startete Claudia Roth auf Ihrer Facebook-Seite einen Petitions-Aufruf, um drei von den Italienern beschlagnahmte Schiffe freizupressen. Dabei ist die Beschlagnahmung der Schiffe auch ein großer Erfolg der AfD: Bystron erstattete nämlich bereits 2018 Strafanzeige gegen alle sieben deutsche Schlepper-NGOs im Mittelmeer. Er löste damit eine bundesweite Debatte über illegale Migration aus. In enger Zusammenarbeit mit der italienischen Lega gelang es ihm, Beweise für das illegale Einschleusen von Migranten übers Mittelmeer aufzudecken und ans Licht der deutschen Öffentlichkeit zu bringen.

Die bis dahin durch die Mainstream-Medien als „Menschenretter und Flüchtlingshelfer“ fälschlich bezeichneten Schlepper werden seitdem immer wieder mit ihrem kriminellen Handeln konfrontiert. Entsprechend bettelt Claudia Roth auch darum, „Schluss mit der Kriminalisierung der Helfer\*innen“ zu machen.

Auch als Anerkennung für seine guten Leistungen wurde der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss von der Fraktion der AfD nun zusätzlich auch in den EU-Ausschuss gewählt. Bystron ist damit nicht nur der ranghöchste Außenpolitiker der Partei, sondern auch der einzige AfD-Abgeordnete, der sowohl im Auswärtigen Ausschuss wie im Europa-Ausschuss vertreten ist. "Durch die Mitar-

beit im EU-Ausschuss werde ich mein Engagement gegen die illegale Schlepperei im Mittelmeer mit Hilfe unsere italienischen Freunde weiter ausbauen und mich noch stärker gegen die EU-Erweiterung auf dem Balkan einsetzen", unterstrich Bystron.

In der Tat engagiert sich Bystron seit der Gründung der AfD gegen die Aufnahme der Türkei in die EU sowie gegen die Erweiterung der EU um Länder des Balkans. Diese Positionen vertrat er mit großem Nachdruck in mehreren Bundestagsreden, die zu tumultartigen Szenen bei den Grünen und Linken führten.



Quelle:

<https://www.facebook.com/80635590663/posts/10158160063120664/?d=n>

# Kaum Agrarsubventionen für bayerische Landwirte

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) veröffentlichte kürzlich alle Empfänger von Agrarsubventionen des Jahres 2019. Diese Liste offenbart, wie jedes Jahr, die absurde Verteilung der landwirtschaftlichen Finanzhilfen. Die größten Summen gingen laut BLE auch 2019 an staatliche Betriebe, Kommunen und große Erzeugerorganisationen. Für Familienbetriebe oder kleine und mittlere Erzeugergemeinschaften fielen die Zahlungen spärlich aus. Die bayrischen Landwirte bekommen am wenigsten ab. Aber selbst große Agrargenossenschaften oder landwirtschaftliche GmbH'n erreichen bei weitem nicht die Beträge, die an landwirtschaftsfremde Organisationen ausgezahlt werden. Der größte Anteil der Gelder wurde an Kommunen für den Küsten- und Hochwasserschutz sowie Beihilfen an große Erzeugerorganisationen im Obst- und Gemüsektor gezahlt. Produzenten von Luxusyachten und Kriegsschiffen oder Milliardärsfamilien, wie die ALDI-Gründer oder die Lürssen-Gruppe, erhielten 2019 Steuergelder in Millionenhöhe, weil sie mit Landbesitz spekulierten. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert die Kappung der Fördermittel und die verpflichtende Degression der Direktzahlungen. Spekulation mit Ackerflä-

che und Bereicherung an Steuergeldern würden so deutlich erschwert. Ich habe mehrfach die Schaffung attraktiver Bedingungen für Junglandwirte und Familienbetriebe angemahnt. Die Verschlinkung der Verwaltungsbürokratie und die Vereinfachung des Fördersystems würden den kleinen und mittleren Betrieben sofort helfen. Nichts davon möchten die Altparteien umsetzen. Unverblünte Klientelpolitik und die Stützung von Spekulanten sind die Ziele der Regierungskoalition. Als Anwalt der Landwirte tritt im Parlament nur noch die AfD auf.

Langfristig kann das Kartell der Berliner und Brüsseler Bürokraten nur aufgebrochen werden, wenn wir eine Strategie zur Renationalisierung unserer Landwirtschaft umsetzen, wie es die AfD-Fraktion in ihrem „Agrarpolitischen Leitbild“ fordert. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft, das Höfesterben, kann nur gestoppt werden, wenn das Agrarfördersystem grundlegend reformiert und unter Kontrolle des deutschen Steuerzahlers gebracht wird.

Unser Steuergeld sollen die deutschen Landwirte bekommen und nicht landwirtschaftsfremde Organisationen, Spekulanten oder ausländische Großbetriebe!

## Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag  
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses (Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)



## Huber: Merkel muss Föderalismus achten – Bund-Länder-Konferenzen sind dauerhaft einzustellen!

Nachdem die Bundeskanzlerin mit ihrer Forderung einer Obergrenze von Neuinfektionen, ab der wieder härtere Beschränkungen greifen müssen, bei den Bundesländern abgeblitzt ist, hat sie sich aus den Bund-Länder-Konferenzen zurückgezogen. Der Bund will die Verantwortung für weitere Lockerungen der Corona-Beschränkungen weitgehend den Ländern überlassen.

Die nun erfolgte Antwort des Staatsministers Dr. Hendrik Hoppenstedt auf eine Schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Johannes Huber (AfD) schildert den Einfluss der Bundesregierung auf die Kompetenzen der Länder. Offiziell werde in den einberufenen Konferenzen lediglich das Ziel verfolgt, zu einer "verständnisvollen, einheitlichen Politik von Bund und Ländern" beizutragen, so der Staatsminister wörtlich. Gemeinsame politische Entscheidungen werden dokumentiert und Beschlüsse gefasst. Eine rechtliche Bindung existiere dazu allerdings nicht, diese wären ausschließlich politischer Natur.

Johannes Huber bemängelt die Diskrepanz zwischen der offiziellen Definition der Bund-Länder-Konferenzen und der tatsächlich umgesetzten Politik: "Die Frage nach einer Überlassung der freien politischen Entscheidungen aller Bundesländer, dem föderalistischen Prinzip entsprechend, darf sich nicht stellen. Der Eindruck, dass die Bundeskanzlerin verfassungswidrig Einfluss auf die Länder ausübte, gewann seit Beginn der Krise zunehmend an Gewicht". Der gemeinsame Austausch zwischen den Ländern soll laut Huber ausschließlich dem Erfahrungs- u. Informationsaustausch dienen. "Bund-Länder-Konferenzen mit einem Charakter der Beeinflussung der Bundesländer durch die Bundeskanzlerin sind dauerhaft einzustellen."

### Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



[johannes.huber@bundestag.de](mailto:johannes.huber@bundestag.de)



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)



**Rainer Kraft, MdB**  
**Landesgruppenchef**

**Wahlkreis 253: Augsburg-Land**

### **Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

#### **Obmann**

- **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

#### **Ordentliches Mitglied**

- **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**
- **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

 [rainer.kraft@bundestag.de](mailto:rainer.kraft@bundestag.de)

 [/dr.rainer.kraft](https://www.facebook.com/dr.rainer.kraft)

 [@Dr\\_Rainer\\_Kraft](https://twitter.com/Dr_Rainer_Kraft)

 [www.rainer-kraft-mdb.de](http://www.rainer-kraft-mdb.de)

## **Weitere Entmachtung des Abgeordneten im Rahmen der Coronamaßnahmen im Bundestag**

Im März hat der Bundestag im Rahmen der Änderungen im Geschäftsablauf des Bundestages einige Änderungen beschlossen. Eine davon betrifft das Quorum für die Beschlußfähigkeit eines Gremiums. Dieses beträgt in der Regel 50% der Mitglieder, d.h. es muß mindestens die Hälfte anwesend sein um beschlußfähig zu sein. Dieses Quorum wurde bis zu deren Abschaffung in den späten Nachtsitzungen an den Donnerstagen so gut wie nie erreicht, deshalb wurden sie abgeschafft.

Im Rahmen der Corona Maßnahmen wurde dieses Quorum auf nur noch 25% abgesenkt. Des Weiteren wurde dabei auch festgelegt, dass bei Abstimmungen in den Ausschüssen, die Obleute in Fraktionsstärke für ihre Fraktion abstimmen.

In der Realität bedeutet dies, dass lediglich die Anwesenheit der 6 Obleute in den Ausschüssen nötig ist da diese ja dann für die ganze Fraktion abstimmen. Es besteht also keine Notwendigkeit mehr für Abgeordnete anwesend zu sein um eine Mehrheit durchzusetzen, noch hätte ein einzelner Abgeordneter die Möglichkeit ein abweichendes Votum abzugeben, da mit Ausnahme der Obleute niemand mehr abstimmungsberechtigt ist.

Mit dieser Regelung wurden die parlamentari-

schen Rechte der einzelnen Abgeordneten (weiter) beschnitten. In der politischen Realität in Berlin gilt der einzelne Abgeordnete im Vergleich zur Fraktion bereits ohnehin wenig, mit dieser Regelung wurde der Wirkungskreis aber weiter beschnitten. Auch wird damit de facto eine Übertragung des Stimmrechtes von Abgeordneten auf andere, die Obleute erlaubt.

Leider muß ich an dieser Stelle einräumen, dass auch die AfD im Ältestenrat diesen Regelungen zugestimmt hat. Diesen Fehler gilt es schnellstmöglich zu korrigieren. Wenn wir, zurecht, das System Merkel kritisieren, dann müssen wir auch feststellen, dass als Teil dieses Systems eine Entrechtung und Gleichschaltung der Abgeordneten mit Transfer der Rechte hin zur Fraktion stattgefunden hat. Fraktionen genießen Privilegien und Rechte, die den Abgeordneten, also den eigentlichen Repräsentanten der Legislative nicht zur Verfügung stehen. Hier, an dieser Stelle muß nachjustiert werden und die Rechte des einzelnen Abgeordneten gegenüber den Privilegien der Fraktion muß gestärkt werden. Aus meiner Sicht hat die AfD ihre Zustimmung zu diesen Maßnahmen im Ältestenrat zurückzunehmen.



# Ein „Germany First“ bei der Bundesregierung? Nicht wirklich!

## Hans-Jörg Müller, MdB Außenwirtschaftlicher Sprecher

Wahlkreis 225: Traunstein

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ [hansjoerg.mueller@bundestag.de](mailto:hansjoerg.mueller@bundestag.de)

f [/MdB.Mueller](https://www.facebook.com/MdB.Mueller)

Frühling 2020: während das Land in Covidiotie gefangen ist, liegt im Bundestag eine wichtige Novelle des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) vor. Das klingt auf den ersten Blick langweilig, ist es aber nicht. Entgegen des ersten Eindrucks geht es nicht um Handelsfragen, sondern um den Umgang mit ausländischen Direktinvestitionen in Deutschlands Unternehmen. Dies umfasst insbesondere den Anteilserwerb bzw. Übernahmen. So beabsichtigt das noch vor Corona vorbereitete Gesetz, hier Kontrollen durch diverse Ministerien einzuführen, um für Deutschland systemrelevante Unternehmen vor Übernahmen zu schützen und Technologieabfluss zu verhindern. Dies ist augenscheinlich erst einmal ein Schritt in die richtige Richtung für ein „Germany First“. Während die FDP noch darüber laboriert, dass die Formulierungen für „systemrelevant“ so schwammig definiert sind oder die Befugnisse der Exekutive zu weit gingen, ist der AfD Marschrichtung recht klar. Die Bundesregierung will ganz absichtlich breite gefasste Befugnisse und Definitionen, um einen weiteren Ausverkauf wichtiger Teile der deutschen Industrie an ausländische Investoren blockieren zu können oder wofür sonst?

Denn die Sache hat einen Pferdefuß. Denn damit

dies wirklich Pro-Deutschland funktionieren kann, müsste die Bundesregierung wirklich national denken. Die fortwährende EU-Hörigkeit oder die lächerliche Passivität zur aggressiven US-Agenda das Nordstream-2-Projekt zu sabotieren, machen dies illusorisch. Dann bleibt nur eine gefährliche Alternative: Es wäre ein Anti-China/Russland-Gesetz, denn dann könnten die USA auf unsere Ministerien in Hinterzimmern nun erheblichen Druck ausüben, viele Investitionen aus China und Russland zu blocken.

Aus diesem Grund sowie zur Vermeidung von absurder Bürokratie wegen ständiger Prüfungen durch diverse Ministerien, schlägt die AfD eine Ergänzung um steuerliche Aspekte vor. Steuern sollen ja auch steuern. Direkte und indirekte Mittel, die ein Unternehmen von der öffentlichen Hand bspw. in Form von Subventionen oder Forschungsgeldern erhalten hat, sollten bei einer Firmenübernahme durch einen ausländischen Investor steuerlich erfasst und rückgefordert werden. Dies schreckt ausländische Käufer ab, egal ob aus den USA oder China, rein aus kurzfristigen Interessen, also Heuschreckengier oder Technologieklau, eine solch motivierte Übernahme überhaupt erst anzustreben.

# EU macht weiter kleine Schritte zur Staatlichkeit – wenig Widerstand

Die Zusammenarbeit auf der sog. „europäischen Ebene“ kann in einigen Dingen Sinn machen. So z.B. bei der länderübergreifenden Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaften und Polizei. Jedoch nur, wenn diese unter nationalstaatlicher Kontrolle bleiben. Die Koordinationsprogramme dazu, wie Eurojust, Juristisches Netz (EJN) oder Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) funktionierten einigermaßen, auch wenn Anfragen etwa nach Griechenland oder Italien oft zäh sind. Bei dieser offen auf Nationalstaaten bezogenen Zusammenarbeit konnte die Brüssel-Bürokratie natürlich nicht lange zusehen. Etwas „integratives“ musste her und unter dem Deckmantel der (an sich unverdächtigen) Korruptionsbekämpfung wurde nach einigem Schachern die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) eingeführt. Hochbezahlte Staatsanwälte, welche keiner nationalstaatlichen Kontrolle mehr unterfallen und ihr Geld direkt aus Brüssel beziehen. Wie der EuGH wird natürlich auch sonst Brüssel die Kontrolle hinter den Kulissen innehaben. EU-Gelder versickern von Beginn an in dunklen Kanälen. So werden Projekte nur auf dem Papier umgesetzt oder mehrfach beantragt. Von Vorteilsnahme bis vollendeten Betrug. Wenn dann Polizei und Staatsanwaltschaft „ihren Teil bekommen“, ist das kaum lösbarer Filz. Die Antwort einer von nationaler Kontrolle entkoppelten EU-Behörde bei „Vergehen gegen die finanziellen Interessen der Union“ kann aber nicht die Lösung sein. Keine weitere Staatlichkeit an die EU! Vielmehr muss sich eingestanden werden, dass eine finanzielle Umverteilung über heterogene Staaten einfach nicht funktioniert.

Meine gehaltene Rede Ende Mai zur EuStA stellte dies noch einmal heraus – kein Zugeständnis an diese „Staatlichkeit auf Raten“. Durch den Ansatz vermeintlich sinnvoller Einzelmaßnahmen und Anpassungen wird Schritt für Schritt der EU-Staat vorbereitet. Die oben genannten, zwischenstaatlichen, Institutionen müssen ausgebaut werden. Sollte die Korruption weiter überhandnehmen, sind deutsche Zahlungen komplett einzustellen. Sonst erliegen wir einer perfiden Erpressung. Darüber hinaus wird bereits offen von vielen Seiten, so z.B. Macron oder der SPD, darüber nachgedacht, dass die Europäische Staatsanwaltschaft weitere Zuständigkeiten bekommt. Von Terrorbekämpfung bis hin zu dem kompletten Strafrecht gehen die Spekulationen!

Deutschland hat in vorausseilendem Gehorsam natürlich bereits die Zuarbeit der nationalen Behörden gesetzlich ermöglicht. Bei anderen EU-Staaten dürfte dies langsamer bis gar nicht erfolgen. Die minimale EU-Korruption in Deutschland wäre also „erwischt“, jedoch auch ein weiteres Stück Souveränität verloren. Andere Länder hingegen dürften kaum behelligt werden und die Umsetzungsakte nur auf dem Papier vorhanden sein. Zu dieser neudeutsch lose-lose-Situation passt auch, dass der Bund Deutscher Kriminalbeamter tatsächlich ein „europäisches FBI“ fordert, was das Herabsinken der Nationen zu bloßen Bundesstaaten ja bereits im Namen trägt.

Nicht nur das jüngste EZB-Urteil zeigt also, dass man an jedem Punkt die Souveränität verteidigen muss, denn angegriffen wird diese aus Brüssel fortlaufend!

## Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**
  - Unterausschuss Europarecht
- **Ordentliches Mitglied**
  - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
  - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka



# Zukunftsvision für die heimische Landwirtschaft

Vergangene Woche stellte der Arbeitskreis für Ernährung und Landwirtschaft der AfD-Fraktion die Grundsäulen für eine Landwirtschaft in unserer Heimat vor.

Die Lösung vieler Probleme unserer Landwirte ist dabei oftmals einfacher, als es uns die Bundesregierung weismachen will. Mit einem rasant wachsenden Budget und Mitarbeiterstab im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das bereits jährlich die 500 Mio. Euro Marke überschreitet, könnte man meinen, dass die Kompetenz in Sachen Agrarpolitik proportional wächst. Es scheint aber genau umgekehrt der Fall zu sein. Seien wir ehrlich: Wir können nicht einerseits regionale Produktion und kontrollierten Anbau an Lebensmitteln fordern, aber gleichzeitig die gesamte Agrarwirtschaft Deutschlands dem Weltmarkt zum Fraße vorwerfen. Deutscher Boden ist teuer, die Liste von Verordnungen ist lang und die

Grünen stehen mit gezücktem Messer hinterm Rücken der Landwirte.

Wenn uns Sicherstellung unserer eigenen Ernährung so wichtig ist, dann können wir den Problemen gescheit nur mit einer Politik der Renationalisierung begegnen. Daher fordern wir, dass die EU-Gelder zurück ins Land fließen und den Landwirten direkt zugutekommen. Das hätte gleichzeitig den Vorteil, dass wir nicht mehr auf das Bürokratiemonster EU setzen müssten, die den Landwirten das Leben schwer macht.

Mir ist es wichtig, dass die Landwirte mit uns eine Perspektive bekommen. Sie sollen sich auf ihre Kernkompetenz konzentrieren können und Planungssicherheit haben. Der Bauernstand hat es erst ermöglicht, dass wir zu einer Zivilisation wurden, die wir es heute sind. Unser Leitbild zur Agrarpolitik finden Sie hier zum Download: <https://bit.ly/3cxY7E2>



**Stephan Protschka, MdB**

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

# Ans Licht gebracht: Der Corona-Irrsinn im Bundestag



**Martin Sichert, MdB**

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

@ martin.sichert@bundestag.de

f /sichertmartin

„Politiker sind abgehoben, selbstherrlich und leben in ihrer eigenen Blase.“ In Bürgergesprächen im Wahlkreis oder bei BPA-Fahrten nach Berlin hört man diesen Vorwurf immer wieder. Zu Recht, wie sich während einer meiner letzten Reden im Deutschen Bundestag herausstellte!

Ich hatte es doch tatsächlich gewagt, den Abgeordneten und den anwesenden Regierungsvertretern vorzuwerfen, sich selbst nicht an die eigenen Corona-Regeln zu halten. Denn mir war aufgefallen, dass die wenigsten Abgeordneten – allen voran diejenigen aus der Regierungskoalition – Mundschutz tragen oder sich an den Mindestabstand halten. Konkret standen während einer Namentlichen Abstimmung in der Westlobby des Bundestages hunderte Abgeordnete dicht beieinander. Gleichzeitig drohen Bürgern hohe Bußgelder, wenn sie im Supermarkt, im Bus oder beim Arzt gegen diese Regeln verstoßen.

Als ich diesen Zustand in meiner Rede ansprach, war der Aufschrei bei den Altparteien entsprechend groß. Bundestagsvizepräsident Kubicki (FDP) log direkt im Anschluss an meine Rede, dass man sich im

Parlament strikt an die Regeln halten würde.

Dumm nur für Kubicki, dass Videoaufnahmen (u.a. vom öffentlich-rechtlichen Sender *phoenix*) und Bildmaterial genau das Gegenteil belegen.

Zahlreiche Medien griffen meine Rede und meine Vorwürfe auf:

Focus: [\[Link zum Artikel\]](#)

T-Online: [\[Link zum Artikel\]](#)

Auf meinen Social-Media-Kanälen bei YouTube und Facebook erreichte ich weit über eine Million Nutzer mit Videos der Rede und den hinzugefügten Belegen für meine öffentlich vorgebrachte Kritik:

YouTube Video 1: [\[Link zum Video\]](#)

YouTube Video 2: [\[Link zum Video\]](#)

Facebook Video 1: [\[Link zum Video\]](#)

Facebook Video 2: [\[Link zum Video\]](#)

Die Schnappatmung bei CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen und Linken hält bis heute an – auch weil die Rede viele Leute zum Nachdenken über die Altparteien angeregt hat, die der AfD sonst kritisch gegenüberstehen.

AfD wirkt!



## Bußgeldkatalog, Motorräder, Anwohnerparken:

# Immer neue Angriffe auf den Individualverkehr

Das ist kein Zufall: im Windschatten der Corona-Krise fährt die etablierte Politik neue ideologische Angriffe auf den motorisierten Individualverkehr. Während die politische Aufmerksamkeit ganz woanders ist, geben sich gerade Politiker der CDU und CSU besonders gerne schwarz-grünen oder schwarz-rot-grünen Plänen hin.

Der vielleicht härteste Schlag kam mit der neuen Straßenverkehrsordnung (StVO) mitsamt Bußgeldkatalog, die am 28. April von Verkehrsminister Scheuer (CSU) in Kraft gesetzt wurden. Neben drastischen Bußgelderhöhungen wurde vor allem die Schwelle für Fahrverbote massiv abgesenkt: jetzt gibt es diese innerorts aber schon ab 21 km/h zu viel (statt vorher 31 km/h), außerorts ab 26 km/h zu viel (statt vorher 41 km/h). Dadurch werden jetzt hunderttausende berufliche Existenzen gefährdet, denn gerade wo immer mehr Gemeinden auf breiten Hauptstraßen Tempo 30 anordnen, ist eine Unaufmerksamkeit schnell passiert.

Das führte zu einem Aufschrei – zum Glück kann auch zu Corona-Zeiten die Opposition nicht ausgeblendet werden! Die AfD-Fraktion erzwang eine Debatte im Bundestag, eine Online-Petition bekam über 140.000 Unterzeichner. Jetzt versucht die CSU, zurückzurudern. Folgen den Worten auch Taten? Das hängt vom Bundesrat ab, in dem die Grünen großen Einfluss haben. Der poli-

tische Druck muss unbedingt aufrechterhalten werden!

Stichwort Bundesrat: Der plant jetzt Fahrverbote für Motorräder an Sonn- und Feiertagen. Neue Lärmregulierungen wären eine Diskussion wert, aber auch bei diesem Thema schüttet man „das Kind mit dem Bade aus“. Und auch hier haben die unionsregierten Länder mitgestimmt: die Abstimmung im Bundesrat war einstimmig! Nun ist die Frage: wird das Bundesverkehrsministerium diesen Forderungen nachgeben? Den Bundestag muss Minister Scheuer nicht fragen, weil er eine Ermächtigung über das Straßenverkehrsgesetz hat. Aber auch bei diesem Thema hat die AfD-Fraktion bereits einen Antrag in Arbeit!

Das war noch nicht alles. Kürzlich hat der Bundestag mit Mehrheit die Gebühren für Anwohnerparkausweise freigegeben: die Obergrenze von gut 30 EUR ist aufgehoben, jetzt haben Länder und Kommunen freie Hand. Hier ist jetzt unsere Wachsamkeit und Opposition vor Ort gefragt!

Summa summarum: Damit der Individualverkehr nicht durch einen Wust immer neuer Regeln abgewürgt wird, ist eine kräftige Opposition dringend nötig – die AfD ist der einzige Freund der Auto- und Motorradfahrer!

**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /W.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)

**Gefällt Ihnen unser  
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**